

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.
Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0,15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Venloer Wall 9.

Fernsprecher Anno 8738. Postfach-Konto Köln 18977.

Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen.

„Ein Kulturstaat kann die soziale Gesetzgebung nicht zum Stillstande bringen; ein Stillstand der sozialen Gesetzgebung wäre ein Stillstand der fortschreitenden Gestirne des deutschen Reiches überhaupt.“

Staatssekretär Graf Posadowsky.

Die soziale Reaktion.

Dem Einsichtsvollen war längst zur Gewissheit geworden, daß der Revolution von 1918 und ihren Auswüchsen eine Zeit der Reaktion folgen würde. War es nicht Wahnsinn, die Forderung: „Alle Macht dem Proletariat“ aufzustellen und sie zur Durchführung bringen zu wollen in einem Lande, welches ringsumher von kapitalistisch eingestellten Nationen umgeben ist, sich selbst nicht genügen kann und zur nackten Ernährung seiner Bewohner auf den Gütertausch mit dem Auslande angewiesen ist. Wahnsinn waren alle jene Versuche, die bisherigen Träger des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens auszuscheiden und dabei eine Wirtschaft aufrechtzuerhalten, in der zwei Drittel der Erwerbstätigen auf gewerbliche und industrielle Betätigung angewiesen sind.

Während die Träger der alten politischen Ordnung: Kaiser, Könige, Fürsten und die alte Kaste der geborenen Minister und höchsten Beamten im Gefühl ihrer Unfähigkeit, eine neue Ordnung aufzurichten, fluchtartig ihre Posten verließen, hielten die Wirtschaftsführer im Gejuch ihrer Unentbehrlichkeit aus und suchten sich zu behaupten. Wohl mußten sie sich bequemen, Konzessionen zu machen; die alte Alleinherrschaft in der Wirtschaft war vorbei. Die Gewerkschaften wurden anerkannt, Betriebsräte geschaffen, Tarifverträge in großem Umfange abgeschlossen. Durch die Gesetzgebung wurde das Höchstmaß der Arbeitszeit bestimmt und die sozialen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Schlichtungsinstanzen zu mildern versucht. Widerstrebenden Unternehmern wurde durch Verbindlichkeitsverpflichtungen der Tarifverträge und Schiedsprüche das soziale Gewissen geschärft.

Die Zeit der politischen Umwälzung wäre geeignet gewesen, eine neue soziale Ordnung zu schaffen. Wenn es dazu nicht gekommen ist, dann tragen sowohl die Unternehmer wie auch die Arbeitnehmer einen großen Teil der Schuld hieran.

Immer deutlicher tritt zutage, wie wenige Arbeitgeber sich innerlich mit einer

neuen sozialeren Ordnung wie es die alte war, abgefunden haben. Ihr damaliges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Arbeitnehmer, auch im Produktionsprozeß als Menschen gewertet zu werden, Arbeitsgemeinschaften zu bilden, Tarifverträge zu vereinbaren usw., entpuppte sich immer mehr als ein Versuch, mit den Gewerkschaften Versicherungsverträge auf bestimmte Zeit abzuschließen, um die Betriebe über die Revolutionszeit hinüberzuretten. Die Vorgänge in Rußland rechtfertigten kaufmännisch gerechnet die hohe Versicherungsprämie in Gestalt der Aufgabe des Alleinbestimmungsrechtes im Betriebe. Nur ein Bruchteil zeigte das ehrliche Bestreben, die sozialen Gegensätze zu mildern, als hohe sittliche Verpflichtung voll anzuerkennen.

Selbstverständlich hat auch die Arbeiterschaft in dieser Zeit ihre Stunde nicht erkannt. Daß sie versuchte, die günstige Situation für Lohnerhöhungen auszunutzen, um die vielen Löcher, die der Krieg im Haushalte gerissen, zu stopfen, kann ihr nicht zum Vorwurf gemacht werden. Wohl aber das Verhalten der radikalen Klasse, die die ganze Revolution nur als eine große Lohnbewegung betrachtete, während die Führer der Kommunisten glaubten, die Diktatur des Proletariats aufzurichten zu können und die übrigen sozialistischen Führer in „Sozialisierung“ machten. Von allen diesen hochfliegenden Plänen ist auch nicht das geringste verwirklicht worden.

Während die Arbeiterschaft einem Phantom, einer Kata Morgana nachjagte, und ihre Gewerkschaften vernachlässigten, blieb das Unternehmertum mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit. Suchte insbesondere wieder politischen Einfluß zu gewinnen und seine Organisationen weiter auszubauen. Nicht ohne Erfolg, wie uns die politische und soziale Entwicklung der letzten zwei Jahre zur Genüge zeigt.

Die Mehrzahl der politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die 1918/19 sich vor der Revolution ins Maulloch verrochen, erheben heute wieder den Anspruch, Führer des Volkes zu sein.

Kläglicher wie die Revolution von 1918/19 ist noch keine Revolution ins Leere verpufft. Wenn trotzdem noch einige sozialpolitischen Errungenschaften hinübergerettet sind, dann danken wir dieses lediglich der nüchternen Arbeit der deutschen Gewerkschaften, ohne deren Weiterbestehen, wenn auch mit geschwächten Kräften, auch diese verloren gegangen wären.

Es scheint nunmehr, als wenn die soziale Reaktion nun auch diese noch beiseitigen

will. Kampf auf der ganzen Linie wird dem sozialen Fortschritte angekündigt. Als parteipolitisch neutrale Organisation müssen wir es uns leider versagen, zu untersuchen, inwieweit die den Rechtsparteien zuneigenden Arbeitnehmer den unsozialen Ruck der Politik nach rechts mitverschuldet haben. Die Tatsache steht fest, die deutsche Innenpolitik neigt sehr stark nach der unsozialen Seite. Bei der Steuerpolitik, bei den Zollfragen drohen die sozialen Belange der Arbeitnehmer unter den Schlitzen zu kommen. Ob es noch gelingen wird, die Arbeitszeit gesetzlich so weit zu beschränken, wie die Erhaltung einer gesunden Volkskraft es erfordert, ist zweifelhaft. Ein gesundes Grund- und Boderecht zu schaffen, welches jede Spekulation und jeden arbeitslosen Gewinn an diesem Nationalerigentum verhindert und jedem Volksgenossen die Möglichkeit gäbe, ein Plätzchen zu besetzen, von dem er sagen könnte, hier bin ich zu Hause, daran ist nicht zu denken. Wohl heißt es in der neuen Verfassung sinngemäß, daß es ein unbefränktes Eigentum nicht mehr geben soll, aber praktisch ist es beim alten Zustande geblieben. Mit Zähne und Klauen versucht der Besitz die ehemaligen Vorrechte in Gesellschaft und Wirtschaft zu halten oder wiederzugewinnen.

Die durch Krieg, Revolution und Friedensverträge geschwächte Wirtschaft sucht mit allen Mitteln die Lasten auf die schwachen Schultern abzuwälzen. Schwarz in schwarz wird die gegenwärtige Wirtschaftslage gemalt, um den notwendigen Hintergrund für sozialreaktionäre Experimente zu schaffen. Vergessen ist wieder der Mensch im Arbeitnehmer. Genau wie in Vorkriegszeiten wird die Arbeitskraft wieder lediglich als Produktionsfaktor in die Kalkulation eingestellt. Ein neuer Generalangriff zur Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeitnehmer hat eingeleitet.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ hat unlängst die Forderungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wie folgt zusammengestellt. Es müsse erreicht werden:

1. daß im gegenwärtigen Augenblick die Arbeitszeit nicht verkürzt wird. Mag man bei normalen Wirtschaftsverhältnissen weiter über den Achtstundentag streiten,
2. daß Lohnerhöhungen, von Ausnahmen abgesehen, jetzt nicht mehr vorgenommen werden, sondern die Tarife langfristiger getätigt werden, um die Betriebskalkulation und Preise zu stabilisieren. Nur das Leistungsprinzip muß noch ausgestaltet werden. Ein Weg, wie der stufenweisen allgemeinen Lohnerhöhung Halt geboten werden kann

muss in dieser Beratung gefunden und eingeschlagen werden. Am verderblichsten sind weitere Lohnerhöhungen durch Zwangstarife, mögen sie auch vorübergehend einen Streit schlichten.

Erst wenn von weiteren Lohnerhöhungen auf der ganzen Linie abgesehen wird, können sich auf dem Preisgebiet die Verhältnisse so regulieren, dass mit allmählicher Senkung der Preise die Kaufkraft der breiten Bevölkerung wächst und die Bildung von Inlandskapital auf breiter Basis möglich ist."

Den Jahresbericht der nämlichen Vereinigung für 1923 und 1924 durchzieht wie ein roter Faden immer wieder: Nur eine lange Arbeitszeit bei geringen Löhnen kann die Wirtschaft retten. Zerschlägt die Gewerkschaften, fördert die Gelben, wenn unser Ziel erreicht werden soll. Die Betriebsräte haben immer nur die sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmer zu wahren versucht. Zwischen den Zeilen ist dann zu lesen, sabotiert sie, wo es immer möglich ist. Nirgends auch nur der leiseste Hinweis auf die Notwendigkeit, Berufsfreude und Arbeitseifer bei den Arbeitnehmern zu wecken, sondern nur Steigerung der Leistung durch Verlängerung der Arbeitszeit, Einführung des Taylorsystems, rein mechanische Mittel, die der Anschauung dieser Leute vom Arbeiter als einem Stück Maschine durchaus entsprechen.

Es bleibt aber nicht bei diesen theoretischen Erörterungen, sondern die geübte Praxis entspricht durchaus diesen Anweisungen.

Im Bergbau, in der Grobblechindustrie, in der Gemischen Industrie, der Textilindustrie, überall sehen wir, wie jeder Versuch einer Lohnerhöhung mit Lohnkürzungen zu beantworten versucht wird. Als vor einigen Wochen im Baugewerbe, wenn auch erst nach einem kurzen Auslande, eine Vereinbarung über eine angemessene Lohnerhöhung zustande gekommen war, versuchte die Großindustrie durch Stilllegung der Bauten oder Entziehung der Aufträge diese zunichte zu machen.

Eine freiwillige Vereinbarung über den Arbeitslohn kommt nur noch ganz selten zustande, und so mehr wird aber Sturm gelaufen gegen die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruches.

Die ganze Tragweite dieser Bestrebungen kommt erst dann zu vollem Bewusstsein, wenn man sich vergegenwärtigt, dass neben dem starken Rückgang der Lebenshaltung während der Kriegs- und Inflationszeit, auch seit der Stabilisierung, der vor 1914 erreichte Lebensstandard nicht wieder erreicht ist. Undauernd liegen die Löhne noch immer unter der Linie der Lebenshaltungskosten. Abgesehen von dem Verzicht auf fast jeden Lebensgenuss kultureller Art, den alle übrigen Stände als selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, bedeutet die gegenwärtige Lohnhöhe eine Gefahr der Unterernährung für viele Familien. Eine erhebliche Schwächung der lebenden Volkskraft ist die notwendige Folge.

Unter diesem Gesichtspunkte gesehen, ist der Kampf um die landwirtschaftlichen Schutzzölle durchaus verständlich. Die deutschen Arbeitnehmer sind nicht Gegner der Landwirtschaft und wissen die Bedeutung einer gesunden Landwirtschaft wohl zu würdigen. Wenn sie trotzdem sich gegenwärtig gegen Schutzzölle aussprechen, dann, weil bei dem jetzigen Verhalten der Unternehmer in der Lohnfrage eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung durch die Schutzzölle einfach nicht zu tragen ist. Wir haben heute schon mehr wie genug unter den Verjüchen der Industrie und des Gewerbes, die Lasten des verlorenen Krieges auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, zu leiden. Nun auch noch die Kosten der Gesundung der Landwirtschaft auf sich zu nehmen, ist eine Zumutung, die über das Maß des Zulässigen hinausgeht.

In den nächsten Monaten und Jahren wird sich nun entscheiden, ob die deutschen Arbeitnehmer die Kraft aufbringen, sich zu behaupten und sich gegenüber den übrigen Ständen durchzusetzen. Es wird sich

entscheiden, ob sie auch fernerhin das Aushenbrüdel der Gesellschaft sein oder aber durch festen Zusammenschluss versuchen wird, sich als gleichberechtigter Faktor im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben durchzusetzen.

Die Gefahr einer neuen Inflation.

Fast keine Lohn- und Tarifverhandlung findet in letzter Zeit statt, in der nicht seitens der Arbeitgeber auf den Zusammenhang, der zwischen Lohnerhöhungen und Inflationsgefahr bestehen soll, hingewiesen wird. Gedankenlos wird hier öfters nachgeplappert, was die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände als geeignetes Mittel empfohlen hat, um die geplanten Lohnreduzierungen zu erreichen.

Mit einer gehörigen Dosis Misstrauen müssen wir diesem Argument gegenüber treten.

Nach den Erklärungen des Reichsfinanzministers Lütjohr soll es gewissermaßen ein Verbrechen am deutschen Volke sein, das Gespenst einer neuen Inflation an die Wand zu malen. Der Reichsbankpräsident, immerhin ein Fachmann auf diesem Gebiete, erklärt freilich, eine derartige Gefahr besteht nicht. Das Gegenteil aber wird von Leuten behauptet, die bei der letzten Inflation nichts getan haben, um sie zu verhindern, aber alles getan um ihres Vorteiles willen, sie ins Unermessliche zu steigern. Die nämlichen Kreise sind es, die nach der Stabilisierung versuchten, durch die Rentenbank Kredite bis ins Unendliche zu erlangen und innerhalb zweier Monate über zwei Milliarden Mark sich zu verschaffen wußten, bis die Reichsbank im April 1924 die Kredite stark kontingentierte. Wäre hier nicht mit eiserner Faust dazwischen gefahren worden, hätten wir 1924 schon wieder einen Zustand gehabt, der heute an die Wand gemalt wird.

Der Arbeiter und die Kölner Jahrtausendausstellung der Rheinlande.

„Der Arbeiter und die Jahrtausendausstellung“ — ein Widerspruch in sich — werden manche denken, Gegenätze, die sich ausschließen! Was soll der Arbeiter auf der Kölner Jahrtausendausstellung? — Das ist nur was für kühnere Leute und für solche, die viel Geld haben!

Und doch behaupte ich, daß der geheimen Fäden, die von der Ausstellung zur Seele, zum Gemüt und zum Verstand des Arbeiters gehen, sehr viele sind; nur liegen sie dem bloßen Auge etwas verdeckt, und bedürfen daher einer besonderen Hervorhebung.

Die Kölner Jahrtausendausstellung ist in ihrer Gesamtanlage sowohl wie in ihren einzelnen Abteilungen auf rein sachliche, geschichtliche, künstlerische und wirtschaftliche Gesichtspunkte aufgebaut. Jede einseitige Überbetonung irgend eines Standpunktes ist sorgfältig vermieden. In gleichberechtigter Ordnung reihen sich z. B. die einzelnen Konfessionen nebeneinander, einzig und allein der künstlerische Standpunkt war maßgebend bei der Aufstellung der Kunstwerke.

Diese Ausstellung ist für Alle berechnet, für alle ohne Ausnahme, ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses, der Parteiparteigebirgheit, der Weltanschauung. Und eben darum, weil diese Ausstellung über jeder Tendenz steht, über Parteigebirgheit und Konfessionsbarriere, weil sie die Verschiedenheiten der Weltanschauungen und politischen Auffassungen überwindend als einziges Ziel sich die Aufgabe

gestellt hat, den deutschen Volksgenossen vor Augen zu führen, was das deutsche Rheinland in zehn Jahrhunderten seiner Entwicklung auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens, der Politik, der Kunst und Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft, geleistet und geschaffenes hat, eben darum sollte diese Tatsache auch von allen richtig gewürdigt und die Ausstellung von der Gesamtheit des deutschen Volkes besucht werden.

Doch was nützt es, in nüchternen und kalten Worten diese Fülle von Schönheit sich schildern zu lassen! Worte sind und bleiben leerer Schall und Rauch! Aber das, was man mit eigenen Augen gesehen und in beschaulichen Minuten auf seinen Geist und seine Seele hat einwirken lassen, das wirkt unvergleichlich tiefer und nachhaltiger, der Eindruck bleibt und ist durch nichts zu verwischen.

Aber abgesehen von dem geistigen Genuße und der seelischen Befriedigung, die die Ausstellung auch dem Arbeiter bringt, abgesehen von dem erhebenden Gefühl, das auch den Arbeiter überkommt bei der Fülle des ausgestellten Materials, und das begründet ist in dem Gedanken:

„Das haben unsere Vorfahren und Ahnen geschaffen, deren auch ich ein Teil bin, denen auch ich mich im Innersten blutsverwandt fühle“, abgesehen auch von diesem Stolz, der die Brust jedes deutschen Mannes höher schwellt, sind noch andere Momente, die den Arbeiter zum Besuche dieser Ausstellung veranlassen sollten.

Denn neben die Ausstellung der schönen und bildenden Künste, neben die Darstellung der

Geschichte tritt, sie ergänzend und den Kreis zur Vollkommenheit schließend, die bedeutende Wirtschafts- und soziale Abteilung. Das ist ja gerade ein besonderer Vorzug der Kölner Jahrtausendausstellung, daß auf geschichtlicher Grundlage sich Gegenwartswerte aufbauen, daß vor dem Hintergrunde des Alten auch das Neue, werdende sich darbietet.

In dieser zweiten großen Abteilung haben zunächst die Behörden und Städte einen Ausschnitt aus ihrem Schaffens- und Wirkungsbereiche gegeben, haben an Hand von Modellen, Karten, Skizzen und Statistiken die verschiedensten Momente des gegenwärtigen, uns alle unmittelbar berührenden Alltagslebens dargestellt. Daß dabei jede ausstellende Stadt ihre Eigenart betont und unterstreicht, ist nur zu selbstverständlich. Erinnerung sei in diesem Zusammenhange nur an die großen städtebaulichen Probleme, an die Tätigkeit der einzelnen Städte zur Gesunderhaltung des werktätigen Volkes durch Hinauslegen der industriellen Werke aus dem Wohngebiet der Arbeiter, durch Schaffung besonderer Wohn- und Siedlungsquartiere, durch Anlegung von Grünanlagen und Volksgärten. Erinnerung sei u. a. auch an den Ruhr-Siedlungsverband, der diese Probleme einer praktischen Lösung näher bringen will, um damit in erster Linie dem Arbeiter bessere und gesündere Lebensbedingungen zu schaffen. Probleme, die dort auf der Ausstellung in Skizzen, Bildern und Modellen angeordnet sind, und somit dem Arbeiter den Grad der Fortschrittlichkeit zeigen und zum besseren Verständnis der Bestrebungen beitragen.

In dem nämlichen Augenblicke, in dem durch geringe Lohnerhöhungen die Währung erschüttert sein soll, berät der deutsche Reichstag Gesetze, die eine wesentliche Verteuerung der Lebenshaltung im Gefolge haben werden. Wenn schon eine Lohnerhöhung von 10 Prozent nach den Berechnungen der deutschen Arbeitgeberverbände einen Mehrbedarf von 500 Millionen Goldmark an Umlaufmitteln erfordert, wieviel mehr muß dann notwendig sein, wenn eine Verteuerung der Lebenshaltung, und mag sie auch nur 10 Pfg. pro Tag und Kopf der Bevölkerung ausmachen, eintritt.

Solange alle anderen Maßnahmen der Unternehmer und der übrigen Stände, die eine Vermehrung der Umlaufmittel bedingen, nicht als eine Gefährdung der stabilen Währung erachtet werden, können wir dieses Argument auch nicht bei den so notwendigen Lohnerhöhungen gelten lassen.

Zudem zeugt es von einer Oberflächlichkeit sondergleichen, wenn berufene Wirtschaftsführer in den geforderten Lohnerhöhungen eine Inflationsgefahr erblicken. Durch Lohnerhöhungen wird keine zusätzliche Kaufkraft geschaffen, sondern nur eine Verschiebung der Kaufkraft hervorgerufen. Produzenten und Händler sollen lediglich einen größeren Anteil am Ertrage der Wirtschaft den Arbeitnehmern zukommen lassen. Eine Inflation kann nur dann entstehen, wenn der Haushalt der öffentlichen Körperschaften, besonders des Reiches, nicht in Ordnung ist, die Ausgaben die Einnahmen übersteigen und dann ein künstlicher Zusatz an Kaufkraft durch Druck von Noten, für die keine Deckung vorhanden ist, geschaffen wird. Gegenüber der Wirtschaft hat es doch die Regierung und die Reichsbank in der Hand, nicht mehr Kredit zu geben, wie Deckung vorhanden, um auch so die Wirtschaft zu zwingen, Ordnung zu halten. Nicht durch größere Kredite sollen die notwendigen Lohnerhöhungen gedeckt werden,

sondern durch Beschneidung des Gewinnkontos und produktivere Gestaltung der Betriebe, Ausschaltung des verteuerten überflüssigen Zwischenhandels, rückwärtslose Zurückdämmung des arbeitslosen Einkommens, der überpannten Bodenrente usw. Nur wenn die Schraube von beiden Seiten ansetzt, die Unternehmer gezwungen werden, einerseits die Produktion und andererseits die Kaufkraft der breiten Massen zu steigern, wird eine Gesundung der Wirtschaft möglich sein. Anscheinend haben Regierung und Reichsbank den festen Willen, unter keinen Umständen eine neue Inflation aufkommen zu lassen und ihre Kreditpolitik danach einzurichten. Ob es gelingen wird, die Absichten der Unternehmer durch die mechanischen Mittel der Arbeitszeitverlängerung und Lohnbrüdererei eine größere Rentabilität der Betriebe herbeizuführen, zu zerbrechen und sie auf andere Wege zu drängen, hängt lediglich von dem Einflusse und der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen ab. Unsere Aufgabe wird es sein, das in berechneter Absicht ausgebrachte Gerücht von der inflatorischen Wirkung der Lohnerhöhungen gründlich auf seine wahre Bedeutung zurückzuführen.

Kommunalfizierung oder Entkommunalfizierung.

(Von der Tagung des 10. Preussischen Städte-
tages in Köln.)

Ueber dieses Thema referierte auf der am 27. und 28. Mai in Köln abgehaltenen Preussischen Städtetagung Oberbürgermeister Dr. Vuelen (Kiel).

Ausgehend von dem historischen Werdegang der Entwicklung in allen Ländern vom Privatbetriebe zum öffentlichen Betriebe auf dem Gebiete der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung und der Straßenbahnen schilderte er, wie kurz vor Ausbruch des Krieges die Entwicklung der Ueberlandzentralen in der Richtung der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen führte. Er behandelte dann die vier neuen

Formen städtischer Verwaltung.

Das Königsberger System besteht darin, daß die großen städtischen Unternehmungen in eine private

Gesellschaft (in diesem Falle eine G. m. b. H.) eingebracht werden, bei der das gesamte Kapital in den Händen der Stadt verbleibt, bei der aber die Verwaltung geführt wird durch Organe, die von der Stadtverwaltung zwar gebildet werden, aber ihre Arbeit zu führen haben nach den Grundsätzen des Handelsgesetzbuchs.

Das Frankfurter System ist ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen, eine Betriebs-G. u. oder eine G. m. b. H. aus zwei Partnern, nämlich den öffentlichen Betrieben und einer gemischt-wirtschaftlichen Unternehmung.

Bei dem Berliner Zwillingssystem arbeiten die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen in zwei Zellen, einer Eigentümer-G. u. und einer Betriebs-G. u. Bei der Eigentümer-G. u. überwiegt das öffentliche Kapital, bei der Betriebs-G. u. umgekehrt der private Einfluß.

Das Leipziger System ist eine auf der Grundlage des öffentlichen Rechts aufgebaute Unternehmung, die hauptsächlich die Aufrechterhaltung der öffentlichen Betriebe in wesentlich erleichterten Formen anstrebt. Heute greift man immer mehr auf dieses Leipziger System zurück.

Dr. Vuelen führte dann weiter aus, daß lebhaftig Zweckmäßigerwägungen und nicht politische Einstellung über diese Dinge entscheiden sollte. Er ging kritisch auf die Erfahrungen mit den gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen ein, die vom städtischen Standpunkt aus stets eine Halbheit blieben und mit ähnlichen Mängeln behaftet seien wie die konfessionierten Privatunternehmungen.

Die neue Entwicklung scheint auch bei Ueberlandwerten darin zu geben, daß gemischte Unternehmungen nur durch öffentliche Verbände gebildet werden.

Im wesentlichen unangefochten ist das Leipziger System, wo unter Bekämpfung der Politisierung und Bureaucratifizierung eine leichtere Form in der Handhabung der städtischen Werke gegeben ist. Die Zukunftsentwicklung wird wesentlich beeinflusst sein von den finanziellen Möglichkeiten und von der Entwicklung des öffentlichen Kredits. Der Bureaucratifizierung wird durch Einräumung einer gewissen Beteiligung der Direktoren zu begegnen sein, im übrigen wird in den Betrieben nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen gearbeitet werden müssen, und zwar nach amerikanischem Muster.

Die Zeiten der Entkommunalfizierung, so schon der Redner, seien vorbei, gesunder Ausbau und Bureaucratifizierung müssen heute das Ziel sein.

In der anschließenden Aussprache forderten alle Redner für die gemeindlichen Betriebe eine

Verwaltung nach guten kaufmännischen Grundsätzen,

aber ohne Lockerung der Fesseln, die die Werke mit der Gesamtverwaltung der Gemeinden verbinden. In der Abstimmung wurde ein kommunistischer Antrag abgelehnt,

An zweiter Stelle sind auf der Ausstellung die bedeutendsten Werke aller rheinischen Industriezweige vertreten, wobei die Anfänge dem heutigen Stande besonders gegenüber gestellt sind. Und damit kämen wir direkt in das Gebiet, was den Arbeiter am nächsten berührt. Man kann wohl sagen, daß hier jeder Arbeiter bei der Besichtigung auf seine Kosten kommt, sei er nun Buchdrucker oder Maler, Elektriker oder Spezialist für eine der technischen oder Bergbaumaschine. Bei der Vielseitigkeit des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens, das auf der Ausstellung seinen Niederschlag gefunden hat, findet jeder etwas, was für ihn von besonderer Bedeutung ist.

Schon bei der Besichtigung dieser einen Unterabteilung der Wirtschaftsausstellung werden dem aufmerksamen Besucher die sozialen Probleme der heutigen Zeit deutlich. Wer kritisch vranlagt ist, findet hier günstige Gelegenheit, Altes und Neues miteinander zu vergleichen, ihre jeweiligen Vorzüge und Fehler abzuwägen.

Außerdem kann man auch an Statistiken der einzelnen Firmen genau verfolgen, ob die soziale Entwicklung mit der industriellen gleichen Schritt gehalten; ob und was das Wert darüber hinaus für die Arbeiterwohlfahrt getan hat; ob die Steigerung der Arbeitermassen mit der Schaffung von Wohnungen parallel läuft, und was dergleichen, heute aktuelle Probleme mehr sind.

Schließlich ist noch die bedeutende soziale gesellschaftliche Abteilung zu erwähnen, die als Zweig der Wirtschaftsabteilung angelegt ist. Hier haben Bau- und Konsum-

genossenschaften, Frauen- und Wohlfahrtsvereine, die großen Gewerkschaftsverbände aller Richtungen ausgestellt und zeigen an Hand von Bildern, Uebersichten, graphischen und statistischen Darstellungen ihren Entwicklungsgang und ihre jetzige Bedeutung. Auch die christlich-soziale Bewegung stellt schönes Material aus, welches die Entwicklung der Gesellenvereine, der Jugend- und Jungmännervereine, der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, der evangelischen Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen, Handwerk und gewerbliche Genossenschaften sinnfällig vor Augen führt. Ueberhaupt bekommt der Arbeiter auf diese Art und Weise einen Ueberblick über die gesamte Arbeiterbewegung. Er erfieht aus dem ausgestellten Material, wie die einzelnen Organisationen entstanden, und zu welcher Bedeutung sie gelangt sind. Wieder waren es in der Hauptsache rheinische Männer, welche die Bewegung einleiteten oder die Sache am meisten gefördert haben. Die Christlich-Sozialen haben den Mainzer Bischof Em. v. Ketteler (1811-77), Adolf Kolping, der von Köln aus seine Idee durchsetzt hat. Die Katholiken werden sich mehr für Kaplan Dr. Hige, die Protestanten für Pfarrer Weber interessieren. Erste Bewegung ging in der Hauptsache von M. Gladbach, letztere von Witten (Ruhr) aus. Erwähnt sei ferner an die großen Führer des Sozialismus, den Trieterer Marx, an Engels aus Barmen, an Bebel, der aus Köln-Deutz kam, alles Namen, die jedem Arbeiter geläufig sind, deren Namen im Gedanken ihrer Taten auch den Gegner mit Achtung erfüllen.

Alles in allem genommen sieht man, daß es auch für den Arbeiter außer geschichtlichen und künstlerischen noch sehr viele anderen Momente gibt, die ihn bewegen sollten, der Jahrtausendausstellung in Köln einen Besuch abzustatten. Allein aus dem Kölner Wirtschaftsgebiet sind schon Zehntausende gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer in der Ausstellung gewesen. — Wer es eben ermöglichen kann, der sollte hier in Rheinland und Westfalen einen der vielen Sonntagszüge und aus weiterer Ferne die Sonderzüge benutzen, die zur Ausstellung fahren, um an dem Anblick all der kostbaren, hier vereinigten Schätze Geist, Gemüt und Herz zu erquicken, um an der Vergangenheit unerlöschlichem Born sich zu erfrischen und daraus gleichzeitig neue Kraft für den Kampf des Alltags, neue Hoffnung und neuen Glauben an die Größe unseres Vaterlandes zu schöpfen, in dem Gedanken, daß ein Volk, das solches geschaffen, nicht untergehen kann, mögen auch die augenblicklichen Zeiten trübe und verworren sein.

Der Besuch dieser Ausstellung wird das Ständebewußtsein des Arbeiters stärken, er wird sich mehr als bisher fühlen als ein wichtiges Glied des deutschen Gesamtkörpers, ohne das es kein starkes Deutschland gegeben hat, und ohne dessen Mitwirkung wir kein starkes Deutschland wieder bekommen werden.

Wenn so die Ausstellung von allen deutschen Berufskreisen besichtigt wird, wenn sie auf diese Weise gemeinsames Kulturgut des ganzen deutschen Volkes geworden und ihr innerer Wert ihm aufgegangen ist, dann ist ihr wahrer Zweck erfüllt. — Wilsons Beitrag.

der die kommunalen Betriebe in den Dienst des werttätigen Volkes zu stellen verlangt und eine Reihe dazu notwendiger Voraussetzungen aufzählt. Angenommen wurde eine Entschliessung, die mit Unterstützung von Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der und der Wirtschaftspartei eingebracht worden war, aber auch die Zustimmung der Vertreter der Sozialdemokratie fand. Diese Entschliessung hat folgenden Wortlaut:

Die der Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität dienenden Betriebe gehören ebenso wie die Verkehrsbetriebe in die öffentliche Hand und zwar in erster Linie in die Hand der Gemeinden.

Eine Bekämpfung dieser Betriebe

Ohne Rücksicht auf ihre Verwaltungsform (G. m. b. H., Aktiengesellschaft usw.) aus sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gründen unbedingt abzuwehren.

Daneben wurde die folgende Entschliessung, die von der sozialdemokratischen Gruppe eingebracht worden war, mit Mehrheit angenommen:

Der Preussische Städtetag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die bei der Neuordnung der Gemeindeverhältnisse zutage tretenden Bestrebungen, die Gemeindefabriken und -Unternehmungen über das bisherige Mass hinaus zu steuerlichen Leistungen heranzuziehen. Das Ergebnis würde lediglich eine starke Erhöhung der Wertstarife und somit eine

weitere Belastung der werttätigen Bevölkerung und des gesunden Wirtschaftslebens sein. Diese Lasten aber trägt in sich eine Senkung der Kaufkraft der breitesten Masse, sowie eine schwere Schädigung der Erfüllung sozialer und kultureller Aufgaben, wie der Wohlfahrtsbestrebungen der Gemeinden. Der Preussische Städtetag hält die Auffassung der Reichsregierung, daß durch die steuerliche Belastung gemeindefabrizier Betriebe der Wettbewerb angetregt und damit die Produktivität dieser Betriebe gesteigert wird, für falsch. Es handelt sich bei den Gemeindefabriken in der Hauptsache um Monopolunternehmungen. Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, sowie Verkehrsbetriebe stehen in keinem Konkurrenzkampf mit anderen örtlichen Unternehmungen, bei denen dieselben wirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen.

Daß der 10. Preussische Städtetag Köln als Tagungsort gewählt hat, hängt wohl nicht nur mit der Jahrtausendfeier zusammen, sondern auch mit der Tatsache, daß Köln im Reich als eine Stadt gilt, deren Nachkriegsentwicklung über die Entwicklung anderer Städte zum Teil weit hinausragt. Das macht es wohl auch verständlich, daß der Kölner Stadtoberbauplatz eine das Referat über

„Die heutigen Probleme des Städtebaus“ zu halten hatte. Er führte hierzu folgendes aus:

Das Problem des Städtebaus ist das Problem unserer Zeit. Es bedeutet die Entscheidung: Kampf gegen die Großstadt oder Bejahung und Gestaltung

der Großstadt. Da die Großstadt die praktische Lebensform unserer wirtschaftspolitischen und geopolitischen Entwicklung ist, so können wir sie nicht verleugnen. Die weltwirtschaftliche und weltpolitische Macht der Länder läuft in einer Linie mit der Entwicklung der Großstädte. Das Problem der Großstadt ist mindestens ebenso ein wirtschaftliches, ein geistiges, wie ein technisches Problem. Die Bewegung gegen die Großstadt ist reaktionär. Die Lösung der im Städtebau gegebenen sozial-hygienischen Aufgaben in Deutschland hängt nicht nur ab von unseren rechtlichen Instrumenten und Verwaltungseinrichtungen, sondern vor allem anderen von unserem politischen und wirtschaftlichen Schicksal und von der Entwicklung unserer wirtschaftspolitischen Denkungsart. Wir stehen hier in einer entscheidenden Krise. Die Gestaltung der Großstadt sucht Dezentralisation innerhalb der Konzentration. Der Leitgedanke ist die aufgeschlichtete Sternform des Stadtkörpers. Die Großstadt muß das Maß von Flächenraum besitzen, das erforderlich ist, um sich in einer gesunden aufgelockerten weiträumigen Form zu entwickeln. In Köln ist es gelungen, diesen notwendigen Gebietsumfang für eine großzügige Gestaltung des Siedlungskörpers zu erreichen, und es ist im Siedlungsplan, vielleicht zum ersten Mal in der Welt, eine Gestaltung im größten Maßstab unternommen worden. Erst außerhalb dieser Gebietszone beginnt das Gebiet, in dem Trabantenstädte sich entwickeln müssen. Hier beginnt ein Problem, das über das des Städtebaus hinauswächst, daß nämlich die Großstadt zur Synthese mit dem Lande kommt.

Wir sind in Preußen im Begriff, uns ein organisches Städtebaugesetz zu schaffen, das uns in den Stand setzen soll, die Großstadt zu gestalten. Wir müssen damit rechnen, daß noch schwere Kämpfe darum entbrennen werden, denn es bedeutet in mancher Hinsicht eine Umwälzung des Bodenrechts. In diesem Geleit kommt die Notwendigkeit der inneren Stadterweiterung noch nicht genügend zur Geltung. Auch ist es außerordentlich zu bedauern, daß es nicht von einem Städtebaugesetz als Rahmen getragen wird. Unser deutscher Städtebau ist noch außerordentlich ungleich entwickelt und mit einer außerordentlichen Menge unwirtschaftlicher Kleinarbeit belastet, er wird auch allzusehr als bürokratische Angelegenheit betrachtet und ist nicht entzweit so von der Öffentlichkeit getragen wie etwa in Amerika. Wenn man jetzt dazu übergeht, die großen Städte mit Gewalt in ihrer Entwicklung zu hemmen, so hemmt man die natürliche Gesamtentwicklung und verurteilt einen weiteren Bruch zu den vielen vorhandenen in unserer nationalen Kraft. Baurat Krug führte zahlreiche Bilder amerikanischer Städtebaubücherei-Verhöben und Verbetreibungen vor, ebenso zahlreiche städtebauliche Projekte, wie sie z. B. in Philadelphia durchgeführt sind, sobald dort 89 Proz. der Einwohner in Einfamilienhäusern wohnen. Der Redner schloß: Wir müssen vorwärts, wir müssen unseren Blick weiten für die großen Zusammenhänge und Notwendigkeiten, die uns tragen. Nur so haben wir auch im kommunalen Leben und im Städtebau eine Zukunft!

Nach eingehender Aussprache wurde mit überzogener Mehrheit folgender Antrag angenommen:

Der Städtetag vertritt den Standpunkt, daß die Lösung der städtebaulichen Probleme unserer Zeit die baldige Schaffung eines pre-

ussischen Städtebaugesetzes zur unbedingten Notwendigkeit macht. Er bittet die Staatsregierung, das in Vorbereitung befindliche Gesetzwerk im Einvernehmen mit den Städten mit größtmöglicher Beschleunigung zu Ende zu führen.

Die Kölner Tagung mußte, zwischen kommunale und staatliche Notwendigkeiten gestellt, zu einer Betonung der städtischen Wünsche führen. Man kann mit Recht sagen, daß sie eine Kundgebung für das gemeindliche Selbstverwaltungsrecht dargestellt hat. Auch wir müssen aus den Klärungen, die die Tagung gebracht hat, unsere Schlüsse ziehen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Lohnpolitik und Währung. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hatte ein Rundschreiben erlassen, wonach weitere Lohnerhöhungen eine neue Inflation nach sich ziehen sollten. Eine Inflation allerdings nicht in dem Sinne, daß das Reich gezwungen würde, ungedeckte Noten herauszugeben, sondern daß ein Geldentwertung durch Lohnerhöhungen stattfinden müßte. Als selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß sämtliche Lohnerhöhungen wieder auf die Preise geschlagen werden. Obgleich die Arbeitnehmer fast reiflos ihren Lohn sofort wieder ausgeben, soll doch eine Vermehrung der Zahlungsmittel, eine Erhöhung des Kreditbedürfnisses der Industrie vorliegen, weil angeblich erst drei Monate später eine gewährte Lohnerhöhung an die Industrie in Form von höheren Preisen zurückfließt.

Diese Darstellung hat nun Widerspruch in der Öffentlichkeit gefunden. „Frankfurter Zeitung“ und auch „Kölnische Zeitung“ versuchen den Nachweis zu erbringen, Lohnerhöhungen brauchen keine Inflationsgefahr im Gefolge zu haben.

Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände gibt nun in einer Beilage zum „Der Arbeitgeber“ Nr. 12 vom 15. Juni 25 eine Uebersicht, in der sowohl das Rundschreiben, der Artikel der Frankfurter Zeitung, und eine Antwort aus süddeutschen Industriekreisen hierauf wiedergegeben wird. Mit schweren Beschüßeln wird in dieser Antwort gegen die Frankfurter Zeitung losgefahren, weil sie der Meinung gewesen ist, der Lohn solle durch Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgesetzt werden. Wörtlich heißt es: „Die Forderung der F. Z. nach Löhnen, die durch Verhandlungen festzusetzen sind, stammt aus der Kumpfkammer unserer Großväter oder Urgroßväter.“

Berufsfreude, Beruf und Berufsstand.

Von Dr. Pieper.

(Schluß).

3. Arbeiter-Wohnsiedlungen, welche statt der heutigen verarmten, der besitzenden Klasse nachgebildeten höheren Zivilisation als bloße Lebensaufwandgestaltung eine echte Arbeiterhandwerkstätte entfalten, die im Berufsgeiste der Arbeiter wurzelt. Wie Boden und Klima der Pflanze ihre eigene innere und äußere Gestaltung geben, so muß der Berufsgeist und berufsständische Geist als sittlicher Lebensinhalt die Kultur der Arbeiter, d. h. ihr Sinnen, Denken, Trachten, ihren Trieb zur geistig-sittlichen Lebensgestaltung und Lebenshaltung prägen. Nur in seiner Haut und Umwelt kann es jedem Beweisen wohl sein.

Das Rad nur Andeutungen. Alles Leben wächst von innen heraus, ist Entfaltung eines Keimes, der im Plasma den Gottesgedanken jedes Eigenlebens in sich trägt. Diese Entfaltung geht im Berufsleben nur vor sich in Bildungs- und Erziehungsarbeit des einzelnen an sich selbst, welche den Gottesgedanken tief zu erleben, dann zu verwirklichen sucht. Jede von außen kommende Bildungs- und

Erziehungsarbeit kann dem, der sich selbst bilden und erziehen muß, nur dazu helfen, daß er sein Berufsgewissen weit und ihm als einem Auserwählten Folge leistet. Ein Nichtarbeiter muß sich hüten, zu viel davon zu reden.

Die christlichen Gewerkschaften müssen diese berufsständische Bildungsarbeit neben der sachlichen Wissensvermittlung gesondert pflegen, denn sie ist ganz eigenartig und von jener Wissensvermittlung vollständig verschieden. Ihrem Wesen nach ist sie Erziehungsarbeit und echte Bildungsarbeit, die an der Berufs-Menschwerdung arbeitet. Ihre erste Sorge muß sein, daß das Berufsgewissen in recht vielen mittleren und kleinen Arbeitserführern als Bildungsführer erwacht und sie zur Führung der Standesgenossen befähigt. Denn wie überall, so auch im berufsständischen Leben ist es so, daß nur in wenigen Führern die Idee des Berufes und Berufsstandes in voller Klarheit und Fortpflanzungskraft erwacht, denen sich dann die übrigen als Gefolgschaft anschließen, weil sie in ihren Führern die Idee klar vorgelebt sehen, die sie nur dunkel ahnen. Diese Bildungsführer müssen zunächst kleine Siedlungen neuer Arbeiterberufsmenschen bilden, die dann anderen Standesgenossen Berufsgeist und berufsständisches Leben vorleben. Auf den Ausschlag-

richtungen, in Gewerkschaftsversammlungen müssen die Führer dann die weiten Kreise der Mitglieder auf die neue Aufgabe aufmerksam machen.

Warnen aber möchte ich davor, den Berufsgedanken und berufsständischen Gedanken nun zum Schlagworte für die Masse zu machen, wie das leider mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft geschehen ist. Dieser ist dadurch weithin profaniert, verfälscht und unfruchtbar geworden.

Meine Uebersetzung ist, wie ich in meinem Buche „Kapitalismus und Sozialismus als seelisches Problem“ dargelegt habe, daß nur die organische Auffassung des Volksgemeinschaftslebens, vor allem im Berufsgegenden und Berufsstande, den im Untergrunde des Sozialismus treibenden Lebenswillen zu einer neuen höheren Volksgemeinschaft verwirklichen, dadurch den abwegigen marxistischen Sozialismus überwinden kann. Beruf ist zu ist an erster Stelle die christliche Gewerkschaft, sobald sie all ihr Sinnen und Arbeiten an dem Berufsgedanken und berufsständischen Gedanken richtet. Darin sehe ich die vornehmliche Aufgabe des zweiten Vierteljahrhundert der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Getrennt des materialistischen Anschauung der Wirtschaft, daß die Arbeitskraft eine Ware ist, den Menschen im Arbeiter braucht die Wirtschaft nicht zu achten, heißt es dann weiter:

„Weber kühle Überlegenheiten noch die Rentabilität der Betriebe entscheiden die Lohnhöhe. Der freie Markt, Angebot und Nachfrage setzen die Löhne fest und die Möglichkeit muß bestehen, daß einerseits der Lohnempfänger sich einen Platz suchen kann, an dem er seine Kraft am besten und für ihn am günstigsten bezahlt bekommt und daß der Unternehmer sich die Arbeitskräfte aussuchen kann, bei denen er am besten zurecht kommt. — Der ledige oder kinderlose Arbeiter, der Arbeiter mit einem Haus und Garten, mit eigenem Gemüse und Kartoffeln, mit einer Ziege und einem Schwein wird billiger arbeiten wollen und können, als der andere, der kinderreiche, der Arbeiter ohne Aar und Palm. Raum für alle hat die Erde und bei freiem Markte sucht jeder Arbeiter sich zu reden und zu kreden, Fähigkeiten zu entwickeln oder Bedürfnisse einzuschränken wie es der Markt fordert, denn der Markt lehrt framen.“

„Was die Frankfurter Zeitung fordert, führt zur Verdummung der Menschen, zur Verfaulung und Verelendung, es ist blöde Theorie aus schwächsten Köpfen geboren, von Schwachköpfen verbreitet und verlangt. Der Schwache, der Dumme, der Faule fürchtet sich vor dem Markte, vor dem Wettbewerb, vor der Konkurrenz. Er sucht Schutz hinter einer Phrase, hinter irgend einem Programm und je mehr er den Schutz verlangt, den erfordert, um so mehr verkümmern die vorhandenen schwachen Fähigkeiten, um so geringer werden die Leistungen und die Arbeitsfreude.“ Nebenfalls hat der Industrielle, als er diese Sätze niederschrieb, an alle die „Dummen“, die „Faulen“ und „Schwachköpfigen“ in seinem Kollegenkreise gedacht, die den freien Markt fürchten und deshalb sich zu Kartellen vereinigen, um damit die Konsumenten gehörig zu schröpfen.

An anderer Stelle heißt es in bezug auf die gegenwärtige soziale Lage der Arbeitnehmer. „Bei der heutigen wirtschaftlichen Einstellung ist damit zu rechnen, daß versucht wird, den steigenden Lebensmittelpreisen steigende Löhne anzupassen, damit den Lohnempfängern ermöglicht wird, wie bisher die teure Tageszeitung zu halten, daneben zahlreiche Illustrierte und Sportzeitungen zu kaufen, zahlreichen Verbänden und Vereinen anzugehören, zu ermäßigten Preisen die Theater zu besuchen, alle Kinostücke durchzunehmen und reichlicher Verbrauch in Genussmitteln vorzunehmen und lange Erholungsreisen anzuführen.“

Es hieße solchen Auswüchsen einer blühenden Phantastie zu viel Ehre antun, wollte man nur den Veruch machen, sie auf den wahren Wert zurückzuführen. Wenn dann weiter die Behauptung aufgestellt wird, daß die Preise auf der Höhe von Anfang 1924 stehen geblieben, oder zurückgegangen seien, dagegen die Löhne der Arbeiter, die Gehälter der Angestellten und Beamten um reichlich 100% in dieser Zeit gestiegen, dann ist dieses wohl der Gipfel der Dummheit, der Schwäche und der Faulheit, aber auch der Eitelkeit der Verantwortungslosigkeit gegenüber Wirtschaft und Volk.

Wie erbärmlich muß es aber um die Argumente der Vereinigung der Arbeitgeberverbände bestellt sein, wenn sie sich genötigt sieht, solche „Kronzeugen“ und „Berichte“ für die Wichtigkeit ihrer Behauptungen heranzuziehen.

Sie gehen auf's Ganze.

Mit seltener Fähigkeit verfolgt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ihr Ziel, die deutsche Wirtschaft durch weitere Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeitnehmer zu „retten“. Nachdem die Denkschrift an die Reichsregierung ihr Vollen brutal zum Ausdruck gebracht hat, sucht sie denselben Nachdruck zu verleihen durch die Meldung über eine geplante Stilllegung jäm-

licher Werke des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ schwächt die Ankündigung allerdings etwas ab. Ein derartiger Plan wäre nicht erwogen worden. Eine Stilllegung der Werke verbiete sich aus den verschiedensten Gründen, obwohl den Industriellen die durch den Streik um Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffene Lage große Sorge bereite. Die Verantwortung für die Weiterentwicklung liege bei den Schlichtern und beim Reichsarbeitsministerium. Der Schiedspruch über die Arbeitszeit an Hochöfen und Kokereien dürfe nicht für verbindlich erklärt werden.

Die Drohung ist deutlich genug, und man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Auslieferung in der Holzindustrie von der Vereinigung veranlaßt wurde. Auch die Entlassung von 300 Arbeitern bei den Solvaqwerken in Rheinberg wegen angeblichen Absatzmangels soll die Deffentlichkeit über den „Ernst der Lage“ unterrichten, die die „zu hohen Löhne“ verursacht hätten. Nicht anders zu werten ist die Meldung der den Industriellen nahestehenden „Telegraphen-Union“, daß zur Verhinderung der Stilllegung bestimmter Werke von Thonstein alle Arbeiter unter 20 und über 50 Jahren entlassen werden müßten.

Die Vereinigung hat in den letzten Jahren zu viel „schweres Geschütz“ aufgeföhren, als daß der Gang der Dinge dadurch irgendwie beeinflusst werden könnte. Oder glaubt sie etwa die Volksvertreter bei den augenblicklich stattfindenden Zollverhandlungen in ihrem Sinne gefügig zu machen? Die breite Deffentlichkeit hat vielmehr längst erkannt, daß der tiefere Grund für die schlechte Lage unserer Wirtschaft in der Mangelhaftigkeit der Betriebe zu suchen ist. Warum sucht die Vereinigung hier nicht Wandel zu schaffen? Kraurig ist es nur, daß tauende Arbeiterlizenzen unnützen Experimenten einiger Gewaltmenschen geopfert werden sollen.

Hauszinssteuer und Unternehmergewinn.

Die Hauszinssteuer ist eine der Steuerarten, die den kleinen Mann am empfindlichsten drückt. Sie ist nur zu ertragen im Hinblick auf die entsehlige Wohnungsverbrauch. Das erfordert ihre restlose Verwendung für den eigentlichen Zweck. Jede andere Verwendungsart ist eine nicht nur unverantwortliche, sondern höchst unkluge soziale Ungerechtigkeit. Dann aber haben die Steuerzahler auch das liebhafteste Interesse daran, daß die Gelder nicht als Prämien für die Geschäftstüchtigkeit gewissenloser Zeitgenossen mißbraucht werden.

Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß gerade die Kreise, die um der Volksgemeinschaft willen am lautesten nach der Hauszinssteuer gerufen haben, darin lediglich für sich selbst erheblichen Vorteil witterten. Man hätte annehmen dürfen, daß die Not am Wohnraum alle an der Erhellung von Wohnungsbau Beteiligten verpflichtet hätte, mit dem geringstmöglichen Gewinn zu arbeiten. Statt dessen machten viele sich die durch die Hauszinssteuer ermöglichte Konjunktur zunutze, um horrende Gewinne zu erzielen. Es ist das alte Lied: Den Massen werden Lasten aufgebürdet, an denen sich schlaue Mitbürger bereichern.

Vor uns liegt der Geschäftsbericht der Portlandzementfabrik Germania, die im verfloffenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von mehr als eine Million Mark erzielte. Da ihr Aktienkapital zirka 5 Millionen Mark beträgt, hat sie ein Fünftel davon verdient. Sie verteilt auf die Stammaktien eine Dividende von 10 v. H. und auf die Vorzugsaktien 7 v. H. Nach Abzug der Abschreibungen, Zinsen und Provision verbleibt ein Reingewinn von 608 000 Mark. Nach Ausweis der Bilanz stehen 554 000 Mark Außenständen nur 248 000 Mark Schulden gegenüber.

Es wird die höchste Zeit, daß der Staat hier nach dem Rechten sieht, damit nicht noch weiter Gelder, die dem gemeinnützigen Wohnungsbau dienen sollen, in die falschen Kanäle eigenmächtiger Ausnutzung abfließen.

Der Reichsinnenminister über die deutsche Volksgesundheit. Im Haushaltsauschuß des Reichstages führte Reichsminister Schiele zum Etat des Innenministeriums u. a. aus:

Im Jahre 1923 ist im allgemeinen in den Großstädten und Industriestädten gegenüber 1922 eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes, namentlich eine Zunahme der Unterernährung bei den Kindern und der Rachitis und der Tuberkulose eingetreten. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat eine Denkschrift über den Gesundheitszustand der lernenden Jugend im ersten Halbjahr 1923 herausgegeben. Auch 1924 ließ der Ernährungszustand der Jugend mancherorts noch viel zu wünschen übrig. Rachitis und Tuberkulose waren nur zu häufig anzutreffen, aber doch war gegenüber 1923 eine Wendung zum Besseren nicht zu verkennen. Als betrüblich werden demgegenüber nach wie vor die Gesundheitsverhältnisse bei Erwerbslosen, Sozial- und Kleinentrentern geschildert, daneben auch die schwierige gesundheitliche Lage vieler kinderreichen Familien hervorgehoben. Bezüglich der Geschlechtskrankheiten wird von der Mehrzahl der Sachverständigen eine Abnahme gemeldet. Mit ernster Sorge erfüllen muß jeden Gesundheitspolitiker der immer deutlicher hervortretende Rückgang der Geburten, insbesondere in den Großstädten. Berlin zeigt die ungünstigsten Verhältnisse, es hatte 1924 eine Geburtenziffer von nur noch 10,3 auf 1000 Einwohner, gegenüber 26,7 im Jahre 1900 und 39,9 im Jahre 1880.

Zur Hebung der Volksgesundheit stehen im Vordergrund die Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung zu erschwinglichen Preisen und die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Durch das neue Lebensmittelgesetz, das ich in nächster Zeit dem Reichstag werde vorlegen können, wird ein guter Schritt vorwärts getan werden, um die Bevölkerung mit einwandfreien, vollwertigen und unverfälschten Lebensmitteln sicherzustellen und sie vor Übervorteilung zu schützen. Mit großem Opfermut hat das Inland nicht weniger als auch ein großer Teil des Auslandes in der Aufbringung freiwilliger Mittel die Notstände gelindert. Dieser Dank des deutschen Volkes gebührt allen diesen uneigennütigen Spendern, die das oberste Gesetz der Menschlichkeit, das keine Schranken der Parteien und der Nationen kennen darf, so sichtbar zum Ausdruck gebracht haben. Von den Ministern sind Schritte eingeleitet, daß die durch den Zentralauschuß für die Auslandshilfe geförderte Speisung von Schulkindern auch nach dem Verlegen der Auslandsmittel nicht zum Stillstand gelange.

Untersuchungen zur sozialen Lage der unterhaltungsbedürftigen Bevölkerung.

„Jugend- und Volkswohl, Hamburgische Blätter für Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe“ betitelt sich ein vom Jugendamt und Wohlfahrtsamt Hamburg herausgegebenes Blatt, dessen erste Nummer soeben erschienen ist und sehr interessante Berichte und statistische Ergebnisse aus der Hamburger Wohlfahrtspflege bringt.

Eine Untersuchung über die Lage der kinderreichen Familien stützt sich auf 302 Fälle aus den Akten des Wohlfahrtsamtes niedergelegt, und auf 460 Fälle, die der Bund kinderreicher Familien auf Grund eines Fragebogens zusammengetragen hat. Das Wohlfahrtsamt will Material zu der Frage erbringen, ob die Notlage in den kinderreichen Familien durch fürsorgliche Einzelmaßnahmen zu beheben ist.

Aus dem Bericht über die Enquete geht folgendes hervor:

Die Väter gehören hauptsächlich dem Arbeiterstand an. Es sind aber viele Handwerker und Angestellte, darunter vereinzelt auch Kaufleute. Der größte Teil der Frauen ist vor der Ehe beruflich tätig gewesen; meist in häuslichen Diensten, in manchen Fällen als Schneiderin und Wäschnäherin, ganz selten als Kontoristin. 4 v. H. der Gesamtkinderzahl war unehelich oder vorehelich geboren. Der Altersunterschied

zwischen Eheleuten ist im allgemeinen gering. In einigen Fällen, in denen die Frauen wesentlich älter waren, hat das Eheleben darunter gelitten. In den 762 linderreichen Familien sind 5188 Kinder geboren, pro Familie 6,8 Kinder, die meisten Familien haben 5 bis 6 Kinder, in einigen Fällen über 12 Kinder. Die Höchstzahl ist die 19. Geburt. 14 v. H. der Gesamtgeborenen sind im frühen Alter gestorben; davon haben die Familien mit 5 und 6 Kindern den größten Anteil. Die Gesamtzahl der lebenden Kinder beträgt 4432. In den Familien mit 13 und 19 Kindern sind bis zu sieben Kinder gestorben. Die Geschlechtsverteilung der Kinder ist annähernd gleich: 51,7 v. H. sind Knaben und 48,3 v. H. sind Mädchen. In 129 Familien waren Säuglinge. Diese werden meist von der Mutter selbst genährt, trotzdem diese Frauen mit Arbeit überlastet sind. Die größte Anforderung an die Mütter stellen die Kleinkinder, weil sie am meisten gesundheitlich gefährdet sind und die größte Beaufsichtigung verlangen. Unter 583 Familien mit Kleinkindern waren 80 Familien mit 3 und 4 Kindern. 53 v. H. der Kinder sind Schulkinder. Die Entlastung der Familie durch die Schulen wird besonders hervorgehoben. Die Möglichkeit, außerhalb der Schulzeit zu lernen, ist bei den Kindern dieser Familien durch das enge Zusammenwohnen kaum möglich. Die Anzahl der schulpflichtigen Kinder beträgt 21 v. H. der Gesamtzahl, 18 v. H. der Schulklassen stehen in der Berufsbildung. Manche Eltern mit 8 bis 10 Kindern haben 2 bis 3 Kindern zu gleicher Zeit eine Berufsausbildung zukommen lassen. Unter den 762 Familien sind nur 40 vaterlose und mutterlose Familien. Dort sind die Verhältnisse oft trostlos. Die Zahl der geschiedenen oder getrennten Ehen ist gering. Es ist hieraus ersichtlich, daß meist ein Elternteil um der Kinder wegen aushält, auch dort, wo die ehelichen Verhältnisse nicht glücklich sind.

Eine zweite Untersuchung betrifft die Verhältnisse der vom Wohlfahrtsamt im August 1924 laufend unterstützten. Sie erstreckte sich auf 18 771 Parteien. Von diesen waren 8298 Wohlfahrtsempfänger und 6840 Sozialrentner. Die Hälfte aller unterstützten Parteihäupter ist über 65 Jahre alt, und zwar von den Sozialrentnern 71,9 v. H. und von den Kleinrentnern 74,10 v. H. In den Altersgruppen von 21. bis 50. Lebensjahr überwiegend die Frauen, weil in dieser Gruppe eine große Zahl verwitweter, getrenntlebender oder geschiedener Frauen, denen die Sorge für die Kinder obliegt, unterstützungsbedürftig werden. In dem Alter von 50 bis 65 Jahren ist auch die alleinstehende Frau oft nicht mehr fähig, für ihren Unterhalt selbst zu sorgen. In der Altersgruppe über 65 Jahre nehmen die männlichen Parteihäupter wieder zu, da in diesem Alter Arbeitsunfähigkeit Ursache der Hilfsbedürftigkeit ist.

Es ist zu erwarten, daß die Blätter des vorbildlich wirkenden Hamburger Jugend- und Wohlfahrtsamts weit über Hamburg hinaus Anregungen geben und zur Lage der erwachsenen und jugendlichen Bevölkerung sowie über soziale Zustände, die für die Statistik und Berichterstattung schwer erfassbar sind, wertvolle Beiträge liefern werden.

Die Blätter erscheinen monatlich einmal und sind zum Preise von 75 Pf. vierteljährlich durch die Post und die Geschäftsstelle, Wohlfahrtsamt Hamburg, Koenigsstr. 68, zu beziehen. S. B.

Die neue Lohnsteuer.

Die prozentuale Belastung des Einkommens auf Grund der Neuregelung ab 1. Juni 1925 wird in einem Artikel in der „Welt. Arbeiterzeitung“ von Reichstagsabgeordneten Dr. Feuß zur Darstellung gebracht. Gleichzeitig stellt er die neue Belastung der bis zum 1. Juni vorhandenen gegenüber. Es ergibt sich das folgende Bild:

Einkommen jährlich	Ledige		Verheiratet mit 2 Kindern		Verheiratet mit 4 Kindern		Verheiratet mit 6 Kindern	
	bisher %	neu %	bisher %	neu %	bisher %	neu %	bisher %	neu %
1200	4	2	2,8	1,2	2	—	1,6	—
1500	5,2	3,6	3,6	2,2	3,6	0,7	2,1	—
1800	6	4,7	4,2	2,8	3	0,9	2,3	—
2100	6,6	5,4	4,6	3,3	3,3	0,1	2,7	—
2400	7	6	4,9	3,6	3,5	1,2	2,8	—
3000	7,6	6,8	5,3	4,1	3,8	1,4	3	—

Nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig ist also eine Erleichterung zu verzeichnen. Das ist zu begrüßen. Freilich sind wir der Meinung, daß die Grenze dessen, was wünschenswert und erstrebenswert ist, noch nicht erreicht wurde. Hier muß weitergearbeitet werden. Den erzielten Fortschritt wollen wir aber anerkennen.

Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft.

Die Deutsche Volksversicherung A. G. hielt am 24. März unter Vorsitz ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Stegerwald eine außerordentliche Generalversammlung ab, die zu der Aenderung ihres bisherigen Namens Stellung nahm. Sie folgte damit einem Wunsche ihrer zahlreichen Vertreter, die recht häufig Schwierigkeiten mit dem Namen „Volksversicherung“ zu überwinden hatten.

Das mag manchem von uns wunderbar erscheinen, und doch ist es so. Man kann auch, wenn man die näheren Umstände kennt, dafür Verständnis finden. Unter „Volksversicherung“ versteht man nämlich die ganz kleinen Versicherungen. Auch im Versicherungsgesetz ist für diese die genannte Bezeichnung gewählt. Während man bei der Gründung der Deutschen Volksversicherung A. G. im Jahre 1913 mit dem gewählten Namen eine Versicherung für das deutsche Volk bezeichnen wollte, verstand das außerhalb der gewerkschaftlichen Kreise stehende Publikum darunter lediglich eine Versicherungsgesellschaft, die nur ganz kleine Versicherungen abschließt.

Die Deutsche Volksversicherung will aber mehr sein, und sie kann sich nicht nur auf kleine Versicherungen beschränken. Zwar wurde bei der Gründung eine Versicherungsgrenze nach oben von Mark 2000 festgelegt, aber damit ist auch längst gebrochen, wie auch manches andere sich geändert hat. Ursprünglich waren bekanntlich in der Hauptsache die Aktionäre eine große Anzahl privater Lebensversicherungsgesellschaften, heute gehört das Aktienkapital bis auf einen geringen Betrag unseren Arbeitern, Angestellten- und sonstigen Berufsorganisationen. Die Deutsche Volksversicherung hat keine Begrenzung ihrer Versicherungssumme mehr, sondern schließt Lebensversicherungen in jeder Höhe ab.

Um den auftretenden Hindernissen in der Entwicklung zu begegnen, trat die Generalversammlung dem Wunsch auf Firmenänderung bei und wurde einstimmig der Name „Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft“ gewählt. Mit dieser Namenswahl tritt ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der Deutschen Volksversicherung A. G. ein. Sie wird ihre Tätigkeit wie bisher weiterführen. Die Aenderung ist lediglich die Anpassung an ein praktisches Bedürfnis. Außerdem ist nunmehr ihr grundsätzlicher Charakter der Gemeinnützigkeit auch deutlich im Titel zum Ausdruck gebracht.

Die nunmehrige Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft hat im vergangenen Jahre eine gute Entwicklung genommen. Rund 35 000 neue Versicherungen kamen zum Abschluß, und gegenwärtig werden monatlich 3000 neue Versicherungen beantragt. Mit Sicherheit ist eine weitere Steigerung zu erwarten. Das Vertrauen, daß sich unsere Versicherung seit ihrer Gründung in 1913 erworben, beruht

auf einer guten Grundlage. Die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft gehört zu den ganz wenigen Gesellschaften, die nicht von der Inflation verdrängt worden sind, sondern hat ihre alte Selbständigkeit bewahrt. Auch ihre Schwester-Gesellschaft die Deutsche Feuerversicherung A. G. (mit der Deutschen Lebensversicherung Gemeinnützige Aktiengesellschaft im Deutschen Versicherungskonzern vereinigt) befindet sich in gutem Aufschwung. Sie hat auch die Versicherung gegen Unfall und Haftpflicht ausgenommen. Es darf wohl als selbstverständlich angenommen werden, daß unsere gewerkschaftlichen Kreise ihren auftretenden Versicherungsschutz bei unseren eigenen Unternehmungen suchen und damit zu deren weiteren Stärkung beitragen.

Verkleinerung hüttenhafter Anlagen.

Als im Jahre 1923 die gesamten Berliner Häfen, die nahezu größten und besteingerteten Binnenschiffahrts-Anlagen Deutschlands an eine Privatgesellschaft verpachtet wurden, sollte dieses aus Rentabilitätsgründen erfolgt sein. In hohen Tönen wurde die Umwandlung eines Regiebetriebes in eine private Gesellschaft als der Weisheit letzter Schluß gefeiert. Nunmehr berichtet die „Vollst. Zeitung“ über die Rentabilität der Hafenanlagen für die Gemeinde Berlin wie folgt:

Die Stadt Berlin hat damals, ihren Gesamtbesitz an Hafenanlagen auf 50 Jahre der Firma Schenker und Co., die tatsächlich die Berliner Hafen- und Lagerhaus-A. G. beherrscht, überantwortet, und zwar für eine Pauschalpacht — auf 50 Jahre! — von 2 1/2 Papiermilliarden! Zwar sind ihr noch einige geringfügige Aufwertungen auferlegt. Tatsächlich beträgt die Pauschalpacht aber nicht mehr als 15 000 Goldmark, also 300 M. jährlich. Das ist eine Pachtsumme für eine höchst bedeutungsvolle Riesenanlage, wie man sie sonst etwa für eine kleine Mansardenwohnung im Hinterhaus billiger Gegend in Berlin bezahlt.

Die sonach einem Privatunternehmer auf 50 Jahre für 300 Mark Jahrespacht zur Verfügung gestellten Hafenanlagen der Stadt Berlin sind nahezu die größten und besten Binnenschiffahrts-Anlagen nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Erde. Sie bedeuten einen außerordentlich wertvollen Besitz der Stadt Berlin, ja, vielleicht den wertvollsten den unser Gemeinwesen überhaupt hat. Dieses Instrument, über das man mit größter Sorgfalt wachen sollte, wird für einen Pappentitel auf über 1 1/2 Menschenalter an Privatinteressenten fortgegeben, eigentlich aus keinen anderen Gründen, als weil dadurch in der Inflationszeit gerade im städtischen Etat das Defizit von mehreren hundert Papiermilliarden um ein Winziges verkleinert erschien.

Wenn diese Mitteilung zutrifft und wir haben keine Ursache daran zu zweifeln, dann ist es allerdings verständlich, wenn die Stadt keine Mittel mehr zur Verfügung hat um ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Deshalb doppelte und dreifache Vorsicht bei Umwandlung von Regiebetrieben.

Die Deutsche Volksbank, Aktiengesellschaft in Essen, hat in ihrem letzten Geschäftsbericht für das Jahr 1924 äußerst beachtenswerte Ausführungen insbesondere auch für die organisierte Arbeiterschaft gebracht. Neben dem mehr hantwärtigen Inhalt des Berichtes wird in sehr markanter Weise auf die große soziale Bedeutung der Deutschen Volksbank und deren Arbeit und Bestrebungen hingewiesen. Klar und deutlich wird da die besondere Eigenart der Deutschen Volksbank herausgestellt. Als erste Bank der Arbeitnehmerschaft in Deutschland, als Zusammenfassung der Kapitalkraft der Lohn- und Gehalts-Empfänger, haben wir weit über den engeren Kreis der Gewerkschaften hinausreichend, in allen Schichten der Bevölkerung festen Fuß gefaßt und unseren Geschäfts-

freunden in dem schwerigen Jahr nach besten Kräften zur Seite gestanden."

Und wie die Zusammenfassung der Kapitalkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger sich u. a. vollzog, geht aus folgenden für die Arbeitnehmer besonders beachtlichen Darlegungen hervor. Da zweifellos die Kapital-Neubildung in Deutschland die gesündeste Kraftquelle darstellt, die der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden kann, haben wir, die gebotene Möglichkeiten nützend, die Organisation der Sparkraft der Arbeitnehmer energisch weiterverfolgt. Ueber 200 (seit über 300) Annahmestellen im Reich, die sich auf die hinter uns stehenden christlich-nationalen Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes stützen, kennzeichnen unseren Weg, den wir weiter gehen. Um auch die kleinsten Spargelder möglichst reiflos zu erfassen, haben wir den Sparplan dadurch zu fördern gesucht, daß wir möglichst hohe, jeweils der Geldmarktlage entsprechenden Zinsen gewährten. Denn in der Inflationszeit war der Allgemeinheit der Sinn für Zinsen, die Achtung vor dem Goldpfennig, verloren gegangen. Wir verzichteten damit auf eine höhere Gewinnmöglichkeit, um lieber das Geld in der Brieftasche, in den Tischkästen zu mobilisieren. Trotz der vorerwähnten wenig günstigen Verhältnisse, die die Arbeitseinkünfte schmälerten, war der Widerhall unseres Sammlungsrufes, den unsere Gewerkschafts-Presse dankenswert aufnahm, schon im ersten Bestmartsjahr erfreulich: Unsere Depostengelder wuchsen im Berichtsjahr von rund einer Million Mark auf rund dreieinhalb Millionen Mark."

Arbeiterbewegung.

Adam Stegerwald zum Ehren-Doktor ernannt. Die Universität Bonn hat anlässlich der Jahrestausendfeier der Rheinlande den Kollegen Stegerwald, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Ehren-Doktor ernannt. Dem verdienstvollen Führer der christlichen Gewerkschaften auch an dieser Stelle den herzlichsten Glückwunsch.

Kollege Stegerwald teilt mit allen anderen tüchtigen hervorragenden Menschen das Geschick, öfters mißverstanden und heiß umstritten zu werden. Auch unsere christlichen Gewerkschaften sind nicht immer mit allem einverstanden gewesen, was Kollege Stegerwald gewollt und getan hat. Daß es aber möglich war, in echter Kollegialität Meinungsverschiedenheiten über den rechten Weg zum Ziele, in dem sich alle einig sind, auszutragen, unter allen Umständen die Sache über persönliche Anfechtungen zu stellen und sich immer in den Hauptfragen zu finden, ehrt den Kollegen Stegerwald ebenso wie jene Kollegen, die anderer Meinung in dieser oder jener Angelegenheit waren.

Die Ehrung eines aktiven Arbeiterführers durch eine Hochschule zeigt, daß auch nunmehr seitens der Wissenschaft die Bedeutung und der Wert der Arbeiterbewegung anerkannt wird.

Christliche Gewerkschaften und Technische Nothilfe. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der am 4. Juni in Paderborn versammelt war, nahm nach eingehender Beratung und in Ergänzung seiner früheren Stellungnahme zur Frage der Technischen Nothilfe einstimmig folgende Entschlußfassung an:

Ausgehend von dem Grundsatz, daß das Gesamtwohl über dem Einzelinteresse steht, bejaht der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften die Notwendigkeit der Sicherstellung der Arbeit in lebenswichtigen Betrieben. Um den Lebensnotwendigkeiten der Gesamtheit Rechnung zu tragen, haben die christlichen Gewerkschaften selber die Berechtigung des Bestehens der Technischen Nothilfe anerkannt. In Anbetracht der Tatsache jedoch,

daß die Technische Nothilfe im Jahre 1919, in der Zeit schwerer wirtschaftlicher, revolutionärer Erschütterungen als eine Uebergangsorganisation gegründet wurde, und die Verhältnisse in Staat und Wirtschaft sich erfreulicherweise gefestigt haben, steht der Vorstand auf dem Standpunkt, daß ein Abbau der Technischen Nothilfe, vor allem auch im Interesse der Förderung des Verständigungswillens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern notwendig ist.

Um eine vollständige Beseitigung der Technischen Nothilfe baldmöglichst herbeizuführen, schlägt der Vorstand des Gesamtverbandes vor, daß in vornehmlicher Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium sonstige geeignete Wege zur Sicherung der Kostandsversorgung vorbereitet und beschritten werden. Als solche dürften, neben gewerkschaftlichen Maßnahmen, in Betracht kommen, ein wirksames Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren, ebenfalls der Abschluß von Notarbeitsverträgen. Diesen Maßnahmen muß eine besondere Sicherstellung der Arbeits- und Existenzbedingungen der mit lebenswichtigen Arbeiten Beschäftigten gegenüberstehen.

Um die Erfahrungen der Technischen Nothilfe auch weiterhin für das Gesamtwohl nutzbar zu machen, wäre die Ueberführung geeigneter Personen der Technischen Nothilfe in die mit der gesetzlichen Ausübung des Volkswirtschaftslehres betrauten Organe zu erwägen; ebenfalls der planmäßige Ausbau und die Gewinnung bereits bestehender freiwilliger Vereinigungen, die bei außerordentlichen Anlässen und Eintreten höherer Gewalt — Hochwasser, Waldbrände usw. — den notwendigen Schutz gewährleisten können.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften schlägt außerdem die Errichtung eines mit geeigneten Personen zusammengesetzten, vom Reichstag zu wählenden Beirates vor, insbesondere auch deshalb, damit der Abbau der Technischen Nothilfe in einer auch die Interessen der Angestellten entsprechend berücksichtigenden Weise gewährleistet wird."

Silberjubiläum des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter. Pfingsten waren es 25 Jahre, seit der „Verband christlicher Schuh- und Lederarbeiter“ ins Leben trat. Damals tagte in Frankfurt der zweite Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Wenn der junge Verband, der am 1. Oktober 1900 seine Tätigkeit aufnahm, bei der Gründung in 15 Orten erst 600 Mitglieder zählte, so ist seine Entwicklung zu Einfluß, Macht und Stärke, die ihn heute zu einem mitbestimmenden Faktor des Wirtschaftslebens machen, nur möglich gewesen durch zielbewußte Energie und den seltenen Opfergeist derer, die ihn schufen. Seine vorwärtsdrängende Kraft suchten auf der einen Seite die Sozialisten zu hemmen, deren Unduldsamkeit teilweise überaus gehässige Formen annahm. Auf der anderen Seite taten die Unternehmerorganisationen alles, um die organisierte Macht des christlichen Lederarbeiterverbandes zu brechen. Der Kampf um das Koalitionsrecht härte den Willen zum Zusammenhalt. Besonders am Niederrhein war die Organisationsfreiheit heftig umstritten. Die vielen Maßregelungen führten im Jahre 1901 in Goch zur Schaffung einer eigenen genossenschaftlichen Schuhfabrik, die nach ihrer Zweck-erfüllung wieder einging. Der Sitz des Verbandes ist Frankfurt a. M. Die Jubelfeier fand unter reger Anteilnahme am 21. Juni 1925 in Köln statt.

Fachliche Rundschau.

Beseitigung der Verwendung des Klärschlammes.

Die Ableitung der aus Küchenabwässern und Wasserlosetschlamm bestehenden Abwässer erfolgt in den großen Städten entweder durch Anlage von Klärschlammern, denen insofern der Durchlässigkeit des Bodens die Abwässer entzogen werden, oder durch direkte Einleitung

in die großen Flüsse (Rhein, Elbe) — Wo das nicht möglich ist, werden die Abwässer in Kläranlagen verschiedener Konstruktion gereinigt und das auf diese Weise mehr oder weniger gereinigte Wasser wird in die kleineren Flüsse eingeleitet. Eine solche gemeinsame Kläranlage ist vor 20 Jahren für die Wupperstädte Barmen, Elberfeld, Bismarckfeld gebaut worden. Es werden täglich etwa 90 000 Kubikmeter Abwässer gereinigt, und zwar in der Weise, daß zunächst durch Baggermaschinen der grobe Schmutz herausgeholt wird. Das so von grobem und schwimmenden Schmutz befreite Abwasser läßt man in Klärbecken absetzen, und der sich am Boden der Becken in sogenannten Schlammfümpfen absetzende Schlamm wird mit Hilfe von komprimierter Luft in Schlammröhren in die Schlammteiche geleitet. Die Schlammengen, die auf diese Weise im Laufe der Jahre dort aufgeschauft worden sind, sind ganz beträchtlich. Nach angemessener Schätzung durch Sachverständige soll zur Zeit 8—900 000 Kubikmeter Klärschlamm dort lagern, das sind 80 000 Eisenbahnwaggons von je 10 Tonnen Ladefähigkeit.

Es rückt daher für die Wupperstädte die Frage immer näher, wo man auf die Dauer den anfallenden Schlamm unterbringen soll bzw. ob eine Verwendungsmöglichkeit dieses Klärschlammes nicht gefunden werden konnte. Ein in den Jahren 1915—1917 unternommener Versuch einer Münchener Gesellschaft, den Schlamm durch Extrahieren seines Fettgehaltes, der ziemlich beträchtlich ist, zu verwerten, schlug fehl. Seit einiger Zeit ist eine neue gemischtwirtschaftliche Gesellschaft „Alma“ gegründet worden, an der die Wupperstädte mit 40 Prozent und Private mit 51 Prozent beteiligt sind. Die Gesellschaft will den Klärschlamm auf Dünger, der den natürlichen Stalldünger ersetzen soll, verarbeiten und zwar auf Grund von Versuchen, die der vor kurzem verstorbenen, auf diesem Gebiete anerkannte Fachmann Professor Dr. Stüker in Bonn Poppelshorf angestellt hat. Der Klärschlamm soll mit Torf und wenn nötig mit Kalk verfeuert werden, und gelangt nach Art der Torfballen in den Handel, die dann durch gewöhnliche Düngerstreumaschinen verteilt werden. Die chemische Untersuchung dieses Almadüngers zeigte folgendes Ergebnis, wobei die Zusammenfassung eines guten Stallmistes als Vergleich dienen soll.

	Almadünger	Stallmist
Draunische Substanz	24,0%	17,0%
Wasser	46,0%	77,0%
Mineralstoffe einschl. in Salzsäure	30,0%	6,0%
Stickstoff	1,06%	0,54%
Phosphorsäure	0,71%	0,25%
Kalk	1,68%	0,70%

Die Gesellschaft ist zur Zeit damit beschäftigt, die notwendigen Maschinen aufzustellen und hofft in allernächster Zeit mit dem Vertrieb des Düngers beginnen zu können. Es sollen jährlich etwa 15 000 Kubikmeter Trockenschlamm verarbeitet werden. Wenn für den Dünger das Absatzgebiet gefunden wird, was so gut wie sicher anzunehmen ist, da die Preise sehr niedrig sein sollen, dürfte man in der Beseitigung des Klärschlammes ein gutes Stück vorwärts gekommen sein. Auch für andere Städte dürfte diese Frage von Interesse sein. Stadts. Direktor Dr. Diegans, (Chem. Untersuchungsamt Elberfeld).

Bezirks- und Ortsgruppenberichte.

Rhein. Hier haben in jüngster Zeit die Gärtner wieder mit der Agitation für einen eigenen Verband eingeleitet. Hauptverfechter dieser Idee ist Kollege Alex Hilgers, Werk-leidig, was dieser Mann nicht für Ideen im Kerze hat. Im Gärtner-Verbandsblatt teilt er lebhaft für den Berufsverband der Gärtner ein. Dabei gibt es wohl kaum einen Menschen, der sich so unglücklich in seinem Berufe fühlt,

wie er. Er fühlt sich anscheinend zu etwas Höherem geboren. In den letzten Jahren, als Mangel an Arbeitskräften auf den städtischen Büros war, kannte er kein größeres Glück, als dort beschäftigt zu werden. Die Freude wurde ihm auch juteil. Da war er froh und heiter. Und war es wohl auch geblieben, wenn er als Stadtschreiber sein Leben hätte beschließen können. Doch ach, er wurde eines Tages mit so vielen andern abgebaut. Dann kam er als Wachtmann zum Hafen, danach zum Krüppelheim. Aus ihm selbst und auch uns bekannten Gründen mußte er diese Stelle aufgeben. Nun ist er wieder bei der Gartenverwaltung tätig. Da drängt es ihn, große Taten zu vollbringen. Und tritt als Organisationsleiter auf. Das sieht ihm ähnlich.

Von den Kölner Kollegen bei der Garten- und Friedhofverwaltung aber erwarten wir, daß sie fest und treu zum Verband stehen. Wir sind gern bereit, sie in ihrem Bestreben auf sachliche Fortbildung nach Kräften zu unterstützen. Ueber das hierzu Erforderliche soll demnächst in einer besonderen Verammlung beraten werden.

München. Ein hübsches Demunziantenstückchen hat sich bei der städtischen Straßenreinigung der Genosse Jakob F. geleistet. Gut da ein christlich organisierter Arbeiter von einem Schuttpausen ein halb verfallenes Stück Holz von etwa 1 Meter Länge mit nach Hause genommen. Klingt lustig nun der ehrenwerte Herr F. zu seinen Vorgesetzten, um dort anzugeben, daß der christlich Organisierte aus einem Hause einen Balken weggenommen habe. Ueber diese gemetne Demunzierung zur Rede gestellt, gab F. an, er habe dieses aus Mitleid darüber getan, weil der betreffende Christliche vor einiger Zeit, als F. Verleumdungen gegen die christlichen Führer ausgesprochen, veranlaßt, daß er seine Aufgaben unter dem Ausdruck des Bedauerns als falsch zurücknehmen mußte. Die Arbeiterschaft möge sich beratige Elemente etwas genauer ansehen und daraus die nötigen Lehren ziehen, in welcher Umgebung sie sich eigentlich befinden. Weiß deshalb die allzuerne Gemeinshaft mit solchen Beuten ab und schließlich auch der christlichen Organisation an.

Wien. Eine falsche Meldung. Nach einem Bericht der Zeitschrift „Die Gewerkschaft“ (Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter) Nr. 24 vom 12. 6. 1925 sollen bei den Betriebsratswahlen von 25 Wählern 14 dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und 9 dem christlichen Verband zugefallen sein. Wichtig ist an diesem Bericht, daß 25 Betriebsratsmitglieder zu wählen waren. Falls hingegen die Verteilung auf die beiden Organisationen. Von den 25 Betriebsratsmitgliedern haben erhalten: der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband 13 und unser Verband 12 Sitze. Es entfallen auf die einzelnen Werte

Elektrizitätswert	4 freie	3 christliche
Gas- und Wasserwert	3 freie	3 christliche
Tiefbauamt	2 freie	3 christliche
Gartenbauverwaltung	—	3 christliche
Schlachthof	2 freie	—
Schlachthaus sowie Stadttheater (techn. Personal) je ein freier Mann.		

Wie man an anderem noch zu 2 Mitgliedern des freien Angehörigenverbandes kommt, ist der städtischen Arbeiter- und Angestelltenchaft ein Rätsel.

Wenn der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband auch mit einem Mitglied mehr als unser Verband im Betriebsrat vertreten ist, ist die Mitgliederzahl hierorts in unserem Verbande eine größere. Das Wahlergebnis ist darauf zurückzuführen, daß in einigen Betrieben mehrere unserer Mitglieder nicht gewählt haben, wogegen der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband seine Kräfte restlos an die Wahlurne gebracht hat; und beim Hochbauamt, obgleich unsere Organisation dort die Mehrheit der Mitglieder besitzt, man den vorliegenden Mann, der dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angehört, weiter 1 Jahr im Amte läßt.

München. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß die arbeitsbedingte in den Industrien sich dreimalhöheren Beschreibungen nach Verlängerung der Arbeitszeit auch in den Kommunalverwaltungen ernst unternehmen werden. Ein recht deutliches Bild hierzu liefert neuerdings die Stadtverwaltung in Mhebt. Im ersten Aufsatze glaubt sie von den städtischen Arbeitern eine tägliche 10- und mehrstündige Arbeitsleistung verlangen zu können, dazu ohne irgendeinen prozentualen Ueberzahlungszuschlag zu zahlen. Seitens unserer Verbandsleitung wurde der Arbeitgeberverband der Gemeinden der besten Abwehrung, dem die Stadt Mhebt angeschlossen ist, beschwerdeführend benachrichtigt. Daraufhin wurde die Stadt Mhebt vom A. G. V. angewiesen, bezüglich der Arbeitszeit die tatsächlichen Bestimmungen einzuführen und bei etwa notwendiger Mehrarbeit über die 9. Stunde hinaus den vereinbarten Ueberzahlungszuschlag zu zahlen. Zu gleicher Zeit setzt man aber die städtische Verwaltung der willkürlichen Arbeitszeitverlängerung die Krone auf. Die Stallwache im Stadtpark wurde bisher von drei Kollegen durch abwechselnde Schichten von je 8 Stunden ausgeübt. Von diesen drei Kollegen wird momentan einer wegen hohen Alters perioniert. Die beiden übrigen Kollegen sollen jetzt die Stallwache allein leisten. Die Verwaltung will offensichtlich auf Kosten dieser beiden Kollegen den dritten Mann sparen und verlangt folgende Dienstleistung: Je Wächler in 2 Wochen 130 Stunden Dienst. Die Entlohnung soll folgende sein: In 2 Wochen 91 Stunden regulärer Lohn. Die übrigen 39 Stunden rechnet die Verwaltung als Pausen, sollen also nicht bezahlt werden. — In einer mit unserer Verbandsleitung hiesbezüglich erfolgten Verhandlung schwang sich die Verwaltung „gutmütig“ dazu heraus, statt der 91 doch 104 Stunden bezahlen zu wollen. Daraus würde sich ergeben, daß, während bisher die Stallwache ihre geleisteten Dienste voll bezahlt erhalten habe, sie nicht nur entgegen den Arbeitszeitbestimmungen täglich 10 Stunden ohne jeden Zuschlag zu arbeiten hätte, sondern von den gesamten 130 Stunden in zwei Wochen, 28 Stunden ohne jede Vergütung bleiben sollte. — Solche Maßnahmen sparten jeder Beschreibung und sind für die unzulässige Einstellung verschiedener Herren der städtischen Stadtverwaltung sehr bezeichnend. Bei irgendeinem vorzunehmenden Beamten-Abbau sollte man doch im Interesse eines geordneten Arbeitsfriedens in den städtischen Werken solcher Herren an erster Stelle gedenken. Wie wäre es den Herren zu Mutte, wenn sie in jedem Quartal nur für 2 Monate Gehalt bekämen? — Hoffentlich werden die maßgebenden Tarifinstanzen, denen die Angelegenheit zur Erledigung vorgelegt wird, das richtige zu treffen wissen.

Konferenz der Verwaltungsstelle M. Gladbach.
Unter großer Beteiligung von Delegierten aus den Ortsgruppen M. Gladbach, Arefeld, Sülz, K. Hecht, Hedburg-Hau, Geilert, Sülz, K. Hecht und Biersen fand am Sonntag, den 21. Juni, in K. Hecht eine Konferenz der Verwaltungsstelle M. Gladbach statt. Mit Entschuldigung fehlte die Ortsgruppe Fichtenhain.
Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftsbericht des Sekretärs; 2. Besprechung über Anträge zum Verbandstag und Delegiertenwahl; 3. Tarifliche Angelegenheiten und Werbearbeit; 4. Verschiedenes.
Der Konferenzleiter, Vorsitzender der M. Gladbacher Ortsgruppe, Kollege Esser, eröffnete dieselbe, begrüßte die Erschienenen und gab in kurzen Ausführungen einen Überblick über die vergangene Zeit.
Der Leiter der Verwaltungsstelle, Kollege Schölgens, erstattete sodann Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats in den letzten sieben Monaten, welcher in der Konferenz eine große Befriedigung auslöste. Hervorgehoben sind die in den einzelnen Orten für die Kollegen erzielten Erfolge. So wurde in Arefeld eine Verbesserung von Ortsklasse 2 nach Ortsklasse 1 erzielt; in Biersen wurden 23 beim Straßenbau beschäftigte Kollegen von Lohngruppe 4 nach Lohngruppe 3 befördert. Daran reiht sich eine ganze Anzahl Verbesserungen, deren Zustandekommen unsere Kollegen nur ihrer Organisation zu verdanken haben. Dagegen bleibt aber, wie der Bericht zeigt, in bezug auf Mitgliederstand und Beitragszahlung noch viel zu wünschen übrig.
Dem Mitgliederstand vom Jahre 1922 (770 Mitglieder) steht heute ein solcher von 729, also 42 weniger, gegenüber, trotzdem durch den inzwischen erfolgten Ausschluß des Personals der Anstalt Johannisstall über 100 Mitglieder neu hinzukommen. In der Beitragsleistung ist ebenfalls eine Verbesserung auf der ganzen Linie erforderlich, wenn auch, was nicht zu verkennen ist, die Ortsgruppen bisher ihren Verpflichtungen im großen Ganzen nachgekommen sind.
Bei Punkt 2 der Tagesordnung wurden von den Vertretern der Ortsgruppen M. Gladbach und Mhebt verschiedene, an den Verbandstag zu stellende Anträge zur Debatte gebracht. In längeren Ausführungen betonten die Kollegen Esser, M. Gladbach und Arefeld, Mhebt den Antrag auf Änderung unseres Verbandsorgans, darin gipfend, daß unser Organ demnächst unter Zusammenfassung aller Gruppenorgane wie: „Gewerksch. Rundschau“, „Der Straßen- und Kleinbahn“, „Deutsche Krankenpflege“ und „Beamten-Rundschau“, alle acht Tage mindestens achteilig erscheinen solle. Jedes Mitglied habe doch ein großes Interesse an allem, was in seinen, den anderen Gruppen angehörenden Kollegenkreisen vor sich geht, da doch alle Mitglieder ein- und desselben Verbandes sind. Ein weiterer zur Sprache gebrachter Antrag will die Schulung der Betriebsratsmitglieder kostenlos durch unsern Verband gefördert wissen. Auch hierzu brachte Kollege Kentergen eine längere Begründung vor. Weiter soll die Einführung einer Jahres-Schulung beauftragt werden. Mit der Einführung solcher Marken soll erreicht werden, daß alle Beitragsleistungen am Jahresabschluss in den Mitgliedsbüchern kontrolliert und bei restloser Erfüllung durch Abgeben einer Schulungsurkunde quittiert werde, um damit die Mitglieder besser zur gewissenhaften Beitragsleistung zu erziehen. Kollege Esser, M. Gladbach, bittet weiter einen Antrag zur Bildung eines Verbandsauschusses neben dem Zentralvorstand an den Verbandstag zu stellen. Auch wurde im Antrag beschlossen, wonach allen Betriebs-

ratsmitgliedern das „Zentralblatt“ kostenlos vom Verbande zugestellt werden soll.

Weiter wurde ein Antrag besprochen, dem Sekretär eine Hilfskraft für das Büro freizustellen um damit demselben zu ermöglichen, sich noch mehr als bisher in den einzelnen Betrieben zu bewegen und zu verbinden, bei seiner Abwesenheit das Büro seitens der Kollegen verschlossen zu finden.

In Punkt 3 Beitragsleistung wurde Klage geführt, daß trotz Vereinbarung die Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes in einzelnen Ortsgruppen Wochenbeiträge von 50 bis 60 Pf. zahlten und somit bis zu 20 Pf. unter der Vereinbarung bzw. dem Stundenlohn blieben.

Als Vertretung für den Verbandstag wurden zwei einseitigen Wahlvorschlages in den einzelnen Ortsgruppen die Kollegen Josef Esser, M. Gladbach, als Delegierter und Simon Willekes, Biersen, als Ersatzmann einstimmig in Vorschlag gebracht.

Zu Punkt 3: Tarifliche Angelegenheiten und Werbearbeit entrollte Kollege Schölgens in einem längeren Referat ein klareres Bild über den Stand unserer Lohn- und Tarifbewegung, sowie über die Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes im allgemeinen als auch bei den Gemeinden und Straßenbahnen. Besondere Schmerzen bereite den Herren neben den gesellschaftlichen Schlichtungsinstanzen die Arbeitszeit- und Lohnfrage. In allen Teilen trachten die Arbeitgeberverbände nach Abbau, ohne Rücksicht auf die Existenz der Arbeiterschaft. Die Forderung der Arbeiterschaft nicht laut genug der feste gewerkschaftliche Zusammenhalt empfohlen werden. Die Werbearbeit müsse neuen durchgreifenden Maßnahmen unterstellt werden, die Hausagitation könne nicht dringend genug empfohlen werden. Eingehend bemerkte Kollege die in unseren Kollegenkreisen noch sehr vorhandene Jagdbüßigkeit und Unselbstständigkeit. In vielen Fällen seien unsere Kollegen mehr geneigt, dem Anse unserer weltanschaulichen Gegner als dem ihres christlichen Führer zu folgen. Auch damit müsse ausgeräumt werden, daß unser Verband für unsere Kollegen das sein und bringen, was man von ihm erwartet.

Eine lebhafteste Diskussion schloß sich diesem Referat an, die dahin auslief, in allen Ortsgruppen mit größtem Eifer durch eine fortläufige, durchgreifende Werbearbeit unseren Mitgliederstand im Bezirk auf die Höhe zu bringen.

Am Schluß machte Kollege Schölgens noch eine Anzahl wichtige geschäftliche Mitteilungen. Unter anderem wies er auf die Notwendigkeit der Schaffung eines örtlichen, tariflichen Schlichtes hin, deren Bildung anzustreben, eine unserer Hauptaufgaben sein müsse. Zu ebik. Beisitzern brachte die Konferenz folgenden Kollegen in Vorschlag: Wihl, Krapohl-Deutlicher, Peter Kentergen-Mhebt, Josef Esser-M. Gladbach, Simon Willekes-Biersen, Johann Ehler und Beth Hütten-Greifeld.

Kollege Schops-Arefeld wies darauf hin, daß in der letzten Stadttagung ein Beschluß gefaßt worden wäre, wonach den in den Gemeinden tätigen Facharbeitern um eine Facharbeiterkluft zu verbieten, zu ihren Löhnen ein 10prozentiger Zuschlag gezahlt werden soll. Er bittet, verhandelsmäßig Nachforschungen zu halten. Allgemein äußerten dann die Konferenzteilnehmer den Wunsch, jedes Quartal eine Konferenz abzuhalten und soll die nächste in Oberkirchen stattfinden.

Mit dem Wunsche auf ein weiteres Wachsen, Stärken und Geben unserer M. Gladbacher Verwaltungsstelle wurde darauf nach vierstündiger Tagung vom Versammelten Kollegen Esser die Konferenz geschlossen.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen:

Gustav Ribinsky, Hamborn	5. 6. 25
Mois Reiterndörfer, Köln	6. 6. 25
Jos. Stange, Reike	6. 6. 25
Joh. Han, Warburg	8. 6. 25
Joh. Schmalzbauer, Nürnberg	18. 6. 25
Jos. Müller, Köln	22. 6. 25
Die Kolleginnen:	
Maria Fink, Bad Lötz	30. 6. 25
Kath. Hailer, Mönchen	1. 7. 25

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:
H. Wickmann, Köln, Denloerwall 9
Druckerei d. Volksmacht-Verlags, Köln, Domstr.